


Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses (Bau) am 08.08.2024

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	17:56 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Dr. Knoblich
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
3.1.	Bewerbung zur PEFC-Waldhauptstadt	1325/24
4.	Genehmigung der Niederschriften	
4.1.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung SBUKV vom 09.04.2024	1012/24
4.2.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung SBUKV vom 16.04.2024	1013/24

- | | | |
|--------|--|----------------|
| 5. | Behandlung von Anfragen | |
| 5.1. | Bahnhof Stotternheim
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Frau Wahl
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr | 2798/23 |
| 5.2. | Baustelle "Am Knotenberg"
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS / DIE GRÜNEN, Frau Wahl
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr | 0936/24 |
| 6. | Behandlung von Entscheidungsvorlagen | |
| 6.1. | Neubau Regionalleitstelle Mitte und Freiwillige Feuerwehr Marbach in Erfurt, St.-Christophorus-Straße
BE: Leiter des Amtes für Gebäudemanagement | 0934/24 |
| 6.2. | Knotenpunkt Jenaer Str. / Häßlerstr. – Bestätigung der Vorplanung
BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes | 0459/24 |
| 7. | Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates | |
| 7.1. | Vorhabenbezogener Bebauungsplan JOV752 "Einkaufs- und Versorgungszentrum Leipziger Straße" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss
BE: Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung
hinzugezogen: Vertreter des Vorhabenträgers | 0458/23 |
| 7.1.1. | Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 0458/23 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan JOV752 "Einkaufs- und Versorgungszentrum Leipziger Straße" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss | 1362/24 |
| 7.2. | Ein Setzling für jeden Sprössling
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr | 0618/24 |
| 7.3. | Straßenlaternen begrünen - ein kleiner Beitrag für mehr Grün in der Stadt
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr | 0619/24 |

- 7.4. Vereinbarung über die Zusammenarbeit, Ausweisung und Weiterentwicklung des "Harz-Rennsteig-Radweges" (HRR) und dessen Aufnahme ins Radverkehrs-Zielkonzept 2.0 in Thüringen
BE: Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung **0790/24**
- 7.5. Milieuschutz statt Verdrängung: Vorprüfung einer sozialen Erhaltungssatzung in den Quartieren Ilversgehofen, Johannesvorstadt und Krämpfervorstadt
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe **1069/24**
8. Informationen
- 8.1. Mündliche Informationen
- 8.2. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Beigeordnete für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe, Herr Dr. Knoblich, eröffnete die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses (Bau) und begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder sowie Gäste. Herr Dr. Knoblich stellte die form- und fristgemäß Einladung gem. § 35 (2) ThürKO fest. Zum Beginn der Sitzung waren 8 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Unter dem Tagesordnungspunkt 2.1 liegt eine Dringliche Entscheidungsvorlage vor, die zusätzlich in die Tagesordnung aufgenommen werden soll, informierte der Beigeordnete für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe, Herr Dr. Knoblich. Er erkundigte sich, ob zu der vorgenannten Drucksache 1325/ 24 - Bewerbung zur PEFC-Waldhauptstadt, die Begründung der Dringlichkeit durch den Einreicher erbeten wird. Da dies nicht der Fall war, bat er die Ausschussmitglieder um Abstimmung über die Aufnahme der Entscheidungsvorlage. Mit dem nachstehenden Ergebnis wurde die Drucksache 1325/24 unter dem Tagesordnungspunkt 3.1 – Dringliche Angelegenheiten – aufgenommen:

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Als dringlichen Änderungsantrag des Oberbürgermeisters, stellte Herr Dr. Knoblich zudem die Drucksache 1362/24 - Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 0458/23 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan JOV752 "Einkaufs- und Versorgungszentrum Leipziger Straße" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss den Ausschussmitgliedern zur Aufnahme in die Tagesordnung vor. Auch hierzu wurde keine Begründung der Dringlichkeit erbeten. Herr Dr. Knoblich bat die Ausschussmitglieder sodann um Abstimmung über die Aufnahme:

Ja 6 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Eine Behandlung der Angelegenheit erfolgte somit unter dem öffentlichen Tagesordnungspunkt 7.1.1.

Herr Dr. Knoblich unterbreitete weiterhin den Vorschlag, die Drucksache 1362/24 direkt nach dem Tagesordnungspunkt „Dringliche Angelegenheiten“ zu behandeln. Gegen diese Vorgehensweise erhob sich kein Widerspruch.

Weitere Anträge zur Tagesordnung wurden nicht gestellt.

Der geänderten Tagesordnung wurde mit folgendem Ergebnis abschließend und einstimmig zugestimmt:

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3. Dringliche Angelegenheiten

3.1. Bewerbung zur PEFC-Waldhauptstadt

1325/24

Nach Aufruf der Angelegenheit ergriff Herr Kordon, Fraktion CDU das Wort und erkundigte sich bei den Vertretern der einreichenden Fraktion SPD & PIRATEN, ob der eingereichte Antrag ggf. in einen Prüfauftrag umgewandelt werden könnte mit einer Frist im kommenden Jahr. Herr Schade, Fraktion SPD & PIRATEN richtete sich mit der Frage an den anwesenden Leiter des Garten- und Friedhofsamtes, wie realistisch und aussichtsreich die Umsetzungsergebnisse bei einer Verlängerung der Prüffrist um ein Jahr wären bzw. welcher Zeitraum aus Sicht des Fachamtes objektiv sei.

Hierzu erklärte der anwesende Leiter des Garten- und Friedhofsamtes, dass die Idee grundlegend durchaus positiv bewertet wird, aber diese in dem vorgeschlagenen Zeitraum nicht umsetzbar ist. Unter Berücksichtigung der vorhandenen Personalkapazitäten sehe man eine tatsächliche Umsetzung binnen der kommenden fünf Jahre als möglich. Hierzu erwiderte Herr Schade als Vertreter der einreichenden Fraktion SPD & PIRATEN, dass eine Verlängerung der Frist um fünf Jahre nicht durch seine Fraktion unterstützt werden kann. Auf den Vorschlag des Beigeordneten für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe, Herrn Dr. Knoblich hin, den Zeitraum auf zwei Jahre zu ändern, bekundete Frau Wahl im Namen ihrer Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Unterstützung bzgl. des eingereichten Antrages bei einer maximalen Verlängerung der Einreichungsfrist um zwei Jahre. Vor diesem Hintergrund stellte Herr Schade den mündlichen Änderungsantrag mit folgenden Inhalt:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **in den nächsten zwei Jahren** ~~bis zum 20. September 2024~~ eine aussagekräftige Bewerbung für die Auszeichnung "PEFC-Waldhauptstadt 2025" einzureichen.“

Nach dem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, stellte Herr Dr. Knoblich die Drucksache 1325/24 in Form des mündlichen Änderungsantrages zur Abstimmung.

bestätigt mit Änderungen

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

4. Genehmigung der Niederschriften

4.1. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung SBUKV vom 09.04.2024

1012/24

Der TOP wurde nach dem TOP 7.1 behandelt.

Es wurden weder mündliche noch schriftliche Einwände gegen die Niederschrift erhoben.

genehmigt

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

4.2. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung SBUKV vom 16.04.2024 1013/24

Es erhoben sich weder mündliche noch schriftliche Einwände gegen die Niederschrift.

genehmigt

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

5. Behandlung von Anfragen

5.1. Bahnhof Stotternheim 2798/23
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Frau Wahl
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr

Die Fragestellerin, Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, bat um Auskunft, ob durch die neue Schrankenanlage mit zeitlichen Verzögerungen zu rechnen ist, wenn diese gleichgeschaltete werden würden. Erfahrungsgemäß führt dies häufig bei Nutzern zu Unmut, wenn die Wartezeiten zu lang sind. Hierzu erklärte der zuständige Abteilungsleiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes – Abteilung Verkehrsplanung, dass Inhalt des Prüfauftrags an die Deutschen Bahn ist, dass die Schrankenanlage als eine Gesamtheit angesehen werden muss und nicht in einzelnen Teilabschnitten geregelt werden kann. Ziel der Stadtverwaltung ist es dort einen (dreiteiligen) Übergang zu schaffen, der den tatsächlichen Bedürfnissen der Nutzer gerecht wird, die keinen großen Umweg über Straße am Stotternheimer See laufen möchten. Aufgrund der Erhöhung der Benutzerfreundlichkeit für Fußgänger, erreiche man außerdem eine Aufwertung im Sinne der regionalen Entwicklungskonzeption „Erfurter Seen“ (ERK). Sollte der Umbau jedoch so umgesetzt werden, wie von der DB geplant, entstehe ein Bahnübergang der den Anforderungen der Stadtverwaltung Erfurt nicht entspricht. Leider liegt bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Antwort hinsichtlich des Prüfauftrages vor, ob die Entwürfe der SV Erfurt signaltechnisch machbar sind und auch im Bahnbetrieb umsetzbar wären. Abschließend muss die Antwort der DB abgewartet werden, um die weitere Strategie zu den Verhandlungen mit der DB auszuarbeiten, schloss der zuständige Abteilungsleiter seine Ausführungen ab.

zur Kenntnis genommen

5.2. Baustelle "Am Knotenberg" 0936/24
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS / DIE GRÜNEN, Frau Wahl
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr

Unter Bezugnahme auf den aktuellen Stand der Bauarbeiten „Am Knotenberg“, sicherte der zuständige Abteilungsleiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes – Abteilung Verkehrsplanung zu, diesen schriftlich nachzureichen.

Drucksache 1436/24	Festlegungen Unter Bezugnahme auf die Antwort des Oberbürgermeisters, wird um Mitteilung des aktuellen Baufortschrittes gebeten, vor allem in Bezug auf die Straßenbaumaßnahmen sowie die angekündigte Verkehrsfreigabe der Straße voraussichtlich im August 2024 und die damit verbundene Erreichbarkeit der Anliegergrundstücke. T: 12.09.2024 V: Beigeordneter für Bau und Verkehr
-------------------------------------	---

zur Kenntnis genommen

6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

6.1. **Neubau Regionalleitstelle Mitte und Freiwillige Feuerwehr Marbach in Erfurt, St.-Christophorus-Straße** **0934/24** **BE: Leiter des Amtes für Gebäudemanagement**

Es stelle sich die Frage, inwieweit es Sinn ergibt, wenn sich die Leitstellenräume des Katastrophenschutzes an einem anderen Standort befinden, wie das Material gelagert werden soll, so Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN. In diesem Zusammenhang wurde um Auskunft gebeten, welchen Hintergrund diese Planung hat.

Die Anforderungen der Kostenreduzierung stellten bei der Planung eine große Herausforderung dar, informierte der zuständige Abteilungsleiter – Vorbeugender Brandschutzes des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz. Bei der Streichung handelt es sich zum größten Teil um die Fahrzeughalle des Katastrophenschutzes, welche sich organisatorisch nicht mit der Arbeit der Leitstelle überschneidet. Nach derzeitigen Planungsziel sollen die aus Kostengründen nicht umsetzbaren Maßnahmen später an der Feuerwache 3 realisiert werden.

Frau Wahl verwies auf die Anlage 3 der Vorlage, in welcher offensichtlich zwei große Bestandsbäume im Stellplatzbereich gefällt werden. Es wurde um Auskunft gebeten, ob diese nicht sinnvoll erhalten werden könnten.

Hierzu erwiderte der Leiter des Amtes für Gebäudemanagement, dass aufgrund von mangelnden Platzkapazitäten ein Erhalt leider nicht möglich ist, jedoch – wie in der Anlage ersichtlich – entsprechende Ersatzpflanzungen erfolgen werden.

beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Als Vertreterin der einreichenden Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, warb Frau Wahl nochmals um Unterstützung der Vorlage. Sie äußerte sich enttäuscht bzgl. der Stellungnahme der Verwaltung, welche eine Umsetzung nicht empfiehlt. Mit Verweis auf die Stadt Weimar, welche ein solches Projekt bereits erfolgreich umgesetzt habe, bat sie um nähere Informationen, aus welchem Grund die Stadtverwaltung Erfurt eine Durchführung des Projektes nicht befürwortet. Des Weiteren unterbreitete Frau Wahl den Vorschlag ggf. zu Beginn sog. „Topfpflanzungen“ anzubieten, sollten zur Zeit nicht ausreichend Flächen zur Verfügung gestellt werden können.

Grundlegend sei die eingebrachte Initiative sehr charmant, erklärte der Leiter des Garten- und Friedhofamtes. Dennoch ist eine Umsetzung dieses Projektes aufgrund fehlender personeller und finanzieller Voraussetzungen nicht möglich. Zudem mangle es auch an notwendigen Flächen für die Pflanzungen, so der Amtsleiter. Von den sog. „Topfpflanzungen“ wird generell abgeraten. Die Stadtverwaltung setze auf regional gewachsene Baumarten. Diese haben hiesige Ansprüche an Klima und Boden. Diese Anforderung können in Kübeln kultivierte Pflanzen nicht erlangen.

Hinsichtlich des Hinweises über fehlende Flächen für die Pflanzungen, erinnerte Frau Wahl abschließend an die mit der Fraktion SPD gemeinsam eingebrachte Flächenprüfungsinitiative, welche noch ausstehe.

abgelehnt

Ja 3 Nein 4 Enthaltung 3 Befangen 0

7.3. Straßenlaternen begrünen - ein kleiner Beitrag für mehr Grün in der Stadt 0619/24
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr

Unter Bezugnahme auf die Stellungnahme der Verwaltung, unterbreitete Frau Wahl als Vertreterin der einreichenden Partei, den Vorschlag zunächst Tests an verschiedenen Laternen durchzuführen und gleichzeitig einen Erfahrungsaustausch mit Städten anzustreben, welche bereits solche Begrünungen im Stadtbild integriert haben.

Herr Kordon, Fraktion CDU, teilte hingegen die Auffassung der Verwaltung hinsichtlich der Argumente um Verkehrssicherheit und Wartungszyklen. Zudem sei zu bedenken, dass es im gesamten Stadtbild eine Vielzahl an Lampentypen gibt. Vor diesem Hintergrund müsse für jeden Straßenlaternentyp eine gesonderte Prüfung erfolgen. Es wäre ratsam, ggf. den Prüfungsauftrag auf ein bestimmtes Laternenmodell zu beschränken, so Herr Kordon.

Nachdem kein weiterer Beratungsbedarf bestand, rief der Beigeordnete für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe, Herr Dr. Knoblich die Ausschussmitglieder zur Abstimmung auf.

bestätigt

Ja 5 Nein 3 Enthaltung 2 Befangen 0

- 7.4. **Vereinbarung über die Zusammenarbeit, Ausweisung und Weiterentwicklung des "Harz-Rennsteig-Radweges" (HRR) und dessen Aufnahme ins Radverkehrs-Zielkonzept 2.0 in Thüringen** 0790/24
BE: Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung

Es bestand kein Beratungsbedarf.

bestätigt

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

- 7.5. **Milieuschutz statt Verdrängung: Vorprüfung einer sozialen Erhaltungssatzung in den Quartieren Ilversgehofen, Johannesvorstadt und Krämpfervorstadt** 1069/24
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe

Frau Wahl als Vertreterin der einreichenden Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bedankte sich für die durchweg positive Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Kordon, Fraktion CDU teilte indes die Argumentation hinsichtlich sog. „Luxussanierungen“ nicht. Seiner Ansicht stellen tatsächlich die fehlenden Neubauten das größere Problem dar. In Hinblick auf Sanierungen werden diese meist aus energetischen Gründen durchgeführt.

Frau Wahl entgegnete, dass Städte wie Berlin bereits erste Erfolge mit sozialen Erhaltungssatzungen verzeichnen und bezahlbarer Wohnraum erhalten werden konnte.

Herr Gruber, Fraktion Die Linke, bedankte sich bei der einreichenden Fraktion für die eingebrachte Initiative. Gerade am Beispiel „Alter Posthof“ sehe man genau, wie sich die soziale Zusammensetzung verschoben habe. Neben neu geschaffenen, teuren Wohnraum würden jedoch im Umkehrschluss keine notwendigen Kindertageseinrichtungen oder Schulen gebaut. Auch das Fehlen von Jugendclubs sei zu beachten. Weiterhin bat Herr Gruber um Auskunft, welche Kosten bei einer Umsetzung des Prüfauftrages zu erwarten sind.

Durch Herrn Mroß, Fraktion SPD & PIRATEN, wurde erklärt, dass innerhalb der Fraktion noch keine Beratung über die Vorlage erfolgen konnte, er jedoch davon ausgehe, dass Zustimmung Seitens der Fraktion bestehe, zumal es sich im Moment vorerst um einen Prüfauftrag handelt.

Die zuständige Abteilungsleiterin der Abteilung Stadterneuerung – Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, informierte über die bereits eingerichtete Arbeitsgemeinschaft „Milieuschutz“. Als Hauptprüfungspunkte gelten die Einschätzung des Aufwertungspotenzials, der vorhandene Aufwertungsdruck sowie der vorliegende Verdrängungsdruck. Vor

allein die gesetzlichen Vorgaben müssten streng geprüft werden, was methodisch sehr anspruchsvoll ist. Dies sei nur unter externer Einbindung personeller Ressourcen möglich. Hinsichtlich der Kosten müsse man mit einer Summe zwischen 20.000 EUR – 40.000 EUR rechnen.

Herr Gruber ergänzte seine Ausführungen und verwies auf stetig weiter steigenden Zahlen von Ferienwohnungen, welche durch die Zweckentfremdung bezahlbaren Wohnraum zerstören.

Hierzu ergänzte der Beigeordnete für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe, Herr Dr. Knoblich, dass eine entsprechende Initiative im Rahmen eines Wohnungsgewährleistungsgesetzes bedauerlicherweise seinerzeit im Landtag keine Mehrheit gefunden habe. Hierzu bekräftigte die Abteilungsleiterin Stadterneuerung, dass eine solche Novellierung der Gesetzeslage ihrer Ansicht nach zielführender für den grundlegenden Milieuschutz sei.

Auf entsprechende Nachfrage, ob die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, den Vorschlag der Verwaltung folgen wollte, in Form der Fassung der Verwaltung abstimmen zu lassen, erklärte Frau Wahl, dass die Fraktion an ihren Antrag festhalten und nicht in Fassung der Verwaltung abstimmen möchte. Dennoch werde sie den unterbreiteten Vorschlag nochmals mit den Fraktionsmitgliedern vor der kommenden Stadtratssitzung besprechen.

Nach dem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief Herr Dr. Knoblich die Ausschussmitglieder zur Abstimmung auf.

abgelehnt

Ja 5 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0

8. Informationen

8.1. Mündliche Informationen

Im Vorfeld zur Sitzung wurden keine mündlichen Informationen abgefordert.

8.2. Sonstige Informationen

Sonstige Informationen lagen nicht vor. Der Beigeordnete für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe, Herr Dr. Knoblich beendete sodann die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses (Bau).

gez. Dr. Knoblich
Beigeordneter für Kultur,
Stadtentwicklung, Welterbe

gez. 
Schriftführer/in